



Herrn  
Dr. Ludwig Spaenle  
Bayerischer Staatsminister  
für Unterricht und Kultus  
Salvatorstraße 2  
80333 München

Augsburg, den 17. Juni 2009

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

mit der Zeitungsüberschrift „Augsburger Schulen wollen streikende Schüler bestrafen“ werden die Leserinnen und Leser der heutigen Ausgabe der Augsburger Allgemeinen erschreckt. Am Tag des bundesweiten Schulstreiks, mit dem Schülerinnen und Schüler für ein besseres, gerechteres Bildungssystem eintreten, werden Teilnehmer durch eine solche Drohung der Schulleitungen in völlig überzogener Weise an den Pranger gestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Schulleitungen von Seiten des Ministeriums aus zu einer harten Haltung gegenüber Streikteilnehmern angewiesen wurden. Aus diesem Grund wenden wir uns an Sie, um in aller Form dagegen zu protestieren, dass Schülerinnen und Schülern im Falle einer Schulstreik-Teilnahme mit Verweisen und Nachsitzen gedroht wird.

Unsres Erachtens können sich die streikenden Schülerinnen und Schüler auf die bayerische Verfassung berufen, in der in Artikel 131 Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit unter den obersten Bildungszielen genannt werden. Drohungen für den Fall einer Teilnahme an einer Kundgebung ist das Gegenteil davon, nämlich eine Maßnahme, die zum Duckmäusertum anleitet. Eine Erziehung „im Geiste der Demokratie“, wie sie unsere Verfassung will, sieht anders aus. Schüler dürfen ihre Interessen vertreten. Dazu ist ein „Schulstreik“ ein legitimes Mittel, um Aufmerksamkeit zu erzielen.

Auch wenn man – wie zu vermuten ist – als Staatsminister nicht alle Anliegen der Protestierenden unterstützen kann, ist es doch ein Unding, in einer solchen Form vorzugehen. Was sollen junge Leute denken, wenn sie erleben, in welcher oftmals dreisten Form andere Interessengruppen unserer Gesellschaft auf ihre Partikularinteressen hinweisen – nur ihnen, deren Altersgruppe doch am längsten und am stärksten von heute getroffenen Entscheidungen berührt sein wird, ihnen wird beschieden, doch bitte „außerhalb des Unterrichts“ für kleinere Klassen einzutreten?

Wir appellieren an Sie, Ordnungsmaßnahmen gegen Teilnehmer des „Schulstreiks“ zu unterlassen und empfehlen Ihnen, sich inhaltlich mit den Forderungen der Streikenden auseinanderzusetzen. Das wäre die sinnvollste Reaktion auf den „Schulstreik“.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Ulrike Bahr, Stadträtin  
Vorsitzende der GEW Augsburg

Heinz Paula, MdB  
Vorsitzender der SPD Augsburg

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Kreisverband Augsburg  
Schaezlerstraße 13 ½  
86150 Augsburg

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Unterbezirk Augsburg-Stadt  
Schaezlerstraße 13  
86150 Augsburg